Die Wahlrechtsvorlage im Dreiklassenhause.

138. Sitzung. Dienstag, 30. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Graf Hertling, Dr. Friedberg, Drews, Hergt, v. Eisenhardt-Rothe.

Die Verfassungsvorlagen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Gesetzvorlagen über die Wahlen zum Abgeordnetenhause, die Zusammensetzung des Herrenhauses und die Abänderung der Artikel 69 und 99 der Verfassung.

Ein Vertagungsantrag.

Abg. Graf Spee (Ztr.) (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, die Beratung dieser drei Vorlagen bis nach Friedensschluß zu vertagen. (Allgemeine Ueberraschung, große Bewegung.) Ich stelle den Antrag durchaus auf eigene Faust, aber in vollem Ernst. Der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hat seinerzeit im Abgeordnetenhause erklärt, daß die Wahlreform erst nach dem Kriege erfolgen könne. Auch die Oberbefehlshaber stellte sich auf diesen Standpunkt. Wenn das Haus in Flammen steht, dann suchen alle Parteien zunächst gemeinsam das Feuer zu löschen. (Zuruf links: Sie löschen mit Oel!) Wir aber streiten uns über neue Einrichtungen des brennenden Hauses, ehe wir den Frieden haben. Wir müssen alles vermeiden, was auch nur den Anschein erwecken könnte, als ob nicht auch die Front im Innern einig und geschlossen wäre. Alle Garantien sind dafür gegeben, daß die Verfassung abgeändert werden wird. **Der jetzige Zeitpunkt des ungeheuren Existenzkampfes ist der denkbar ungeeignetste für diese Neuerung.** Wollen Sie unsere Helden ausschließen, die an der Front stehen? Die Annahme meines Antrages würde an der Front wie eine Erlösung wirken. (Lebhafter Beifall rechts, Gelächter links und im Zentrum.) An der Front begreift man die

verdammte Friedensresolution

des Reichstags nicht. (Unruhe links und im Zentrum.) Der Kampf im Innern stärkt die Widerstandskraft unserer Feinde, er vermehrt das unnütze Blutvergießen. Vermeiden wir alles, was uns trennt. (Zurufe links: Zur Geschäftsordnung!)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: In einem früheren ähnlichen Fall ist die Begründung eines solchen Antrags zugelassen worden.

Abg. Graf Spee (Ztr.): Selbst wenn das gleiche Wahlrecht hier angenommen würde, so wäre das ein Pyrrhussieg: das würde nur politische Hetze durch das ganze Reich tragen. Wenn der Ministerpräsident das dem König vorstellen würde, so würde er einem solchen Antrag gewiß stattgeben. Draußen an der Front herrscht eine begeisterte Kampfesstimmung und wer sie kennt, der wird meinem Antrag zustimmen. Helfen Sie unseren Helden, daß wir hier einig sind! (Lebhafter Beifall rechts. — Zischen links und im Zentrum.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Der Antrag hat alle Welt überrascht. Er mag aus patriotischer Gesinnung hervorgehen, aber seine Annahme würde nicht den erwarteten Erfolg haben. (Sehr richtig! links u. im Ztr.) **Eine Vorlage, die feierlich angekündigt worden ist und in deren Beratung wir mitten drin stehen, auf eine ganz unbestimmte, unabsehbare Zeit zurückzustellen, würde den**

inneren Frieden unseres Volkes aufs tiefste gefährden.

(Stürmische Zustimmung links und im Zentrum, große Unruhe rechts.) Die Regierung könnte dafür die Verantwortung nicht übernehmen und würde

die Annahme des Antrags mit den äußersten verfassungsmäßigen Konsequenzen beantworten.

(Lebhafter Beifall links und im Zentrum, großer Lärm rechts.)

Abg. Dr. Porsch (Ztr.): Graf Spee hat seinen Antrag in unserer Fraktion angekündigt, ist aber einmütig gebeten worden, ihn zurückzustellen. (Hört! hört!) Man kann gewiß verschiedener Meinung darüber sein, ob es zweckmäßig war, im Kriege diese Vorlagen einzubringen (Hört! hört! rechts), aber nachdem das geschehen ist und von einem großen Teil des Volkes die Erledigung dieser Vorlage gewünscht wird, erscheint es mir unmöglich, diesen Antrag anzunehmen. Wir lehnen ihn ab. (Lebh. Beifall links.)

Abg. Dr. Pachnicke (Vpt.): Ich kann das Befremden nicht unterdrücken, daß der Präsident die Grenzen der Begründung des Antrages so weit gezogen und den Antragsteller von der „verdammten Friedensentschließung" hat sprechen lassen. (Zurufe links: Unerhört! — Sehr richtig! rechts.) Graf Spee hat das Satyrspiel vor das Drama gestellt. Der Antrag ist

ein Hohn auf die Krone, ein Hohn auf das Staatsministerium und ein Hohn auf das Land.

(Stürmischer Beifall links, erregter Widerspruch rechts.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Ich bitte, meine Geschäftsführung nicht einer solchen Kritik unterziehen zu wollen. Der Antragsteller hat sich durchaus im Rahmen der Begründung für seinen Geschäftsordnungsantrag gehalten. (Widerspruch links.)

Abg. Ab. Hoffmann (Unabh. Soz.): Man sollte zunächst einmal feststellen, ob alle Anwesenden auch Mitglieder des Hauses sind, man sieht zu viel unbekannte Gesichter. (Große Heiterkeit.) Der Graf Spee verdient, im Herrenhaus beigesetzt zu werden. (Unruhe.) Will sich die Regierung in dieser Weise auf der Nase herumtanzen lassen? Mit eisernem Besen muß ausgekehrt werden. Die Rede des Grafen Spee machte den Eindruck, als ob er ohne Nachtruhe direkt aus dem Offizierskasino gekommen wäre. (Entrüstungsrufe rechts, Ordnungsruf des Präsidenten.) Den Grafen Spee sollte man auf seinen Geisteszustand untersuchen. (Der Redner wird abermals zur Ordnung gerufen.) Wird der Antrag angenommen, so würde ich die Kämpfer an der Front auffordern, den Kampf einzustellen, bis das gleiche Wahlrecht eingeführt ist. (Tosende Entrüstungsrufe und zahlreiche Rufe rechts: Landesverräter! Zuchthaus!)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Wegen dieser die Gefühle des Hauses und des ganzen Landes tief verletzenden Aeußerungen rufe ich Sie zum drittenmal zur Ordnung. (Beifall.) Ich bitte, einen Ton einzuhalten, der der Bedeutung der Sache entspricht. Den vom Grafen Spee gebrauchten Ausdruck „verdammte Reichstagsentschließung", den ich überhört hatte, rüge ich, weil er für einen Teil der Reichstagsabgeordneten verletzend ist.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): In keinem Parlament der Welt wäre es möglich, daß kurz vor der Entscheidung über eine so wichtige politische Frage ein derartiger Antrag gestellt würde, der

eine Herausforderung des ganzen Volkes

bedeutet. Wenn irgendetwas dem Volke die Augen darüber öffnen kann, was unter einem Dreiklassenwahlrecht möglich ist, so ist es dieser Antrag. Er würde an der Front nicht wie eine Erlösung empfunden, sondern er würde den Siegeswillen lähmen. (Sehr richtig! links, Unruhe rechts.) Wir freuen uns über die Erklärung der Staatsregierung und hoffen, daß bei einer Annahme des Antrages das Haus heute, spätestens aber morgen aufgelöst wird. (Beifall links.) Das preußische Volk würde die richtige Antwort finden. (Beifall links, Lachen rechts.)

Abg. Dr. Lohmann (natl.): Wir lehnen den Antrag geschlossen ab. (Beifall.) Gewiß können Bedenken darüber bestehen, ob es richtig war, diese Vorlagen im Kriege einzubringen, aber nachdem es geschehen ist, kann sich die Regierung einen solchen Antrag nicht gefallen lassen. Das mußte sich Graf Spee selbst sagen. Er hat durch sein Vorgehen die so bedauerliche Rede der äußersten Linken, die wir haben hören müssen, hervorgerufen. Von der Verantwortung dafür ist er nicht frei. (Beifall links und im Zentrum, Widerspruch rechts.)

Abg. Dr. v. Heydebrand (kons.): Wir bedauern es sehr, daß wir uns im Kriege mit diesen Vorlagen befassen müssen, gleichwohl sind wir bereit, in die Beratung einzutreten. Die Gründe des Grafen Spee decken sich zum großen Teil mit unserer Auffassung, da aber auch die Gegengründe nicht unerheblich sind, beantragen wir, **die Sitzung auf eine Stunde zu vertagen.**

Abg. Brütt (ft.) schließt sich dem an.

Abg. Dr. Pachnicke (Vpt.): Dazu liegt gar kein Grund vor. Die tief beklagenswerten Auftritte hat Graf Spee veranlaßt; zu den Aeußerungen des Herrn Hoffmann bekennt sich niemand außer seinen allernächsten Freunden. (Zustimmung.)

Abg. Dr. Porsch (Ztr.): Es ist zu viel Ehre für den bedauerlichen Antrag, wenn die Sitzung vertagt werden soll. Aber da eine große Partei diesen Wunsch äußert, glauben wir, nicht widersprechen zu sollen.

Die Vertagung auf eine Stunde wird mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums beschlossen; die Sitzung wird daraufhin um 12¾ Uhr unterbrochen.

Wiederaufnahme der Sitzung.

Präsident Graf Schwerin eröffnet erneut die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Die Geschäftsordnungsdebatte über den Antrag des Grafen Spee wird fortgesetzt.

Abg. Lüdicke (ft.): Die bisherigen Verhandlungen haben bewiesen, eine **wie große Schuld die Regierung mit der Einbringung dieser Vorlagen auf sich geladen hat.** (Stürm. Zustimmung rechts, große Unruhe links und im Zentrum.) Während die Augen ganz Deutschlands nach Flandern gerichtet sind, spielen sich hier solche Vorgänge ab. (Pfuirufe rechts. — Andauernde Unruhe links.) Die Verantwortung dafür trägt in erster Linie wiederum die Regierung. (Erneute stürm. Zustimmung rechts. — Heftiger Widerspruch links und im Zentrum.) Draußen weht ein anderer Wind, ein Geist der Zuversicht und der Stärke. Der Antrag des Grafen Spee ist eine Tat. Nach den Verhandlungen in der Kommission müssen wir ihn aber ablehnen. (Heiterkeit links.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Ich muß Verwahrung dagegen einlegen, wenn der Abg. Lüdicke den Mut gehabt hat (Stürmische Zurufe rechts.), von einer Schuld der Kgl. Staatsregierung zu sprechen. (Andauernder Lärm rechts, so daß der Redner nicht zu Worte kommen kann.) Sie wollen die Regierung ja nicht einmal reden lassen. (Zuruf rechts: Sprechen Sie als Abgeordneter oder als Regierungsvertreter?) Von einer Schuld der Regierung bei Einbringung dieser Vorlage kann keine Rede sein. Es handelt sich um eine vom ganzen Volke gewünschte Reform. (Lebhafter Widerspruch rechts. — Beifall links und im Zentrum.)

Abg. v. Heydebrand (kons.): Ich kann dem Abg. Lüdicke nicht Unrecht geben. (Hört! hört!) In dieser schweren Zeit sollten innere Zwiespältigkeiten vermieden werden. (Abg. Cassel (Vpt.): Sie entfesseln ja den Skandal.) Die sachlichen Gründe und den hohen Patriotismus des Grafen Spee würdigen wir, und weisen die Art zurück, mit der man seine Ausführungen behandelt hat. Wegen dieser Art und Weise wird ein Teil meiner Freunde für den Antrag stimmen. Die Mehrheit wird aus der Ansicht heraus, daß wir die Konsequenzen aus der bisherigen Beratung der Vorlage ziehen müssen, den Antrag ablehnen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Abg. v. Heydebrand hat sich den Vorwurf des Abg. Lüdicke zu eigen gemacht. Dieser Vorwurf nimmt sich sehr eigentümlich aus im Mund eines Abgeordneten, der die schwere Schuld auf sich geladen hat, daß jahrelang jede Wahlreform in diesem Hause verhindert worden ist. (Stürm. Entrüstungsrufe rechts, stürm. Zust. links u. im Ztr.)

Abg. Hoffmann (Unabh. Soz.): Die Rechte hat uns heute erst richtig gezeigt, wie man eine Regierung behandeln muß, die einem nicht zu Willen ist. (Sehr gut! links.) Wir werden dankbare Schüler sein. (Heiterkeit.) Draußen weht allerdings ein anderer Wind. Er wird sich zum Sturme entfachen und Sie für alle Zeiten hinwegfegen.

Abg. Graf Spee (Ztr.): Ich soll schuld sein an den unerhörten Ausfällen des Abg. Hoffmann. Wohin sollte das führen, wenn man keine Anträge mehr stellen kann, weil Herr Hoffmann auffallend ist? (Sehr gut! rechts.) Möge man nur meine Rede in allen Zeitungen im Wortlaut bringen. (Heiterkeit.) Es wird vielleicht noch einmal soweit kommen, daß die Parteien dieses Hauses und die Regierung meinen Antrag zurückwünschen. (Bravo! rechts.)

Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird von den Abgg. Pachnicke (Vpt.) und Hoffmann (Unabh. Soz.) zurückgezogen und vom Abg. Heydebrand (kons.) wieder aufgenommen.

Präsident Graf Schwerin äußert geschäftsordnungsmäßige Bedenken gegen die Zulässigkeit der namentlichen Abstimmung.

Abg. Dr. Porsch (Ztr.): In den 70er Jahren beantragte Windthorst die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Die Linke erhob Widerspruch (Hört! hört rechts.) und beantragte Vertagung auf sechs Monate. Das Haus hat damals die Zulässigkeit dieser namentlichen Abstimmung anerkannt. Aus den beschlossenen sechs Monaten ist allerdings eine bedeutend längere Zeit geworden. (Stürmische Heiterkeit.)

Der Antrag des Grafen Spee wird hierauf mit 333 gegen 60 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Hierauf wird in die sachlichen Verhandlungen eingetreten. Es findet zunächst eine allgemeine Aussprache statt über das gleiche Wahlrecht und die dazu vorliegenden Anträge.

Ministerpräsident Graf v. Hertling: Die Vorgänge der heutigen Sitzung könnten gewisse Zweifel erregen, ob wir noch zu einer Verständigung über die uns jetzt beschäftigende Materie gelangen. Wer gerade diese Vorgänge und die lebhafte Erregung, die sich heute kundgegeben hat, haben gezeigt, wie stark das Gefühl der Verantwortlichkeit auf allen Seiten des Hauses ist. Daraus schöpfe ich die Hoffnung, daß eine Verständigung noch möglich sein wird. (Bravo!)

Die Fassung, die der Artikel 3 in der Kommission erhalten hat und auch der Antrag des Abg. Lohmann können nicht zum Ziele führen, denn sie beseitigen nicht den plutokratischen Charakter des Wahlrechts, den wir schlechterdings vermeiden wollen. Ein solches Wahlrecht ist in unserem Volke heute nicht mehr möglich. (Sehr richtig! links.) Es kann sich nur handeln um das allgemeine, gleiche Wahlrecht in vernünftigen Grenzen. In allen modernen Staaten ist das politische und soziale Leben auf das Ziel des gleichen Wahlrechts eingestellt und in vielen ist es bereits erreicht, in manchen weit hinausgehend über das, was die Vorlage vorschlägt. Es ist nicht möglich, daß Preußen sich dieser tiefgehenden Bewegung auf die Dauer entzieht. (Sehr richtig! links.) Durch

gewisse Sicherungen

können alle zu weitgehende radikale Folgen beseitigt werden. In der Vorlage selbst sind solche bereits enthalten, andere Sicherungen sind an anderen Stellen wohl noch möglich. Wie ich höre, sind

Anträge in Vorbereitung, die weitere Sicherungen einführen

wollen. (Hört! hört! links.) Die Regierung wird diese Anregungen mit Ernst und Wohlwollen prüfen. Es ist überaus wünschenswert, daß wir bald zu einer Entscheidung kommen. Das öffentliche Leben dreht sich zur Zeit im Bewußtsein des ganzen Volkes um die Frage des gleichen Wahlrechts. (Zustimmung links und im Zentrum, Widerspruch rechts.) Nach allem, was mir berichtet worden ist — und ich habe mich bemüht, möglichst Fühlung zu nehmen — muß die Frage des gleichen Wahlrechts jetzt zur Entscheidung gebracht werden. (Lebhafter Zustimmung links.) Die Einmütigkeit des Volkes, dessen Haltung im Kriege geradezu bewunderungswert ist, wird [illegible] werden, wenn Sie von allzu weitgehenden Versprechungen in dieser Frage jetzt zurückstreten wollen. Jetzt denken wir noch die geschehene Zusage einlösen, in der die Sicherungen wir noch die geschehene Zusage einlösen, in der die Sicherungen gegeben werden, die im Interesse eines ruhigen stetigen Fortschreitens des Staatslebens notwendig sind. In einer Zeit müssen wir auch die Verfolgung der Zusage vielleicht unter schweren Erschütterungen der Staatsorganisation unabweisbar sind, [illegible] lassen. [illegible] Sie die Verantwortung auf sich nehmen, daß durch solche Erschütterungen herbeiführen, daß durch eine Abstimmung die das was von Ihnen gewünschte Ziel nicht haben kann. (Sehr gut! links und im Ztr.)

Abg. Dr. v. Heydebrand (kons.): Wir haben die Reformbedürftigkeit des [illegible] Wahlrechts immer anerkannt. Deshalb verstehe ich nicht, wie Herr Dr. Friedberg uns vorwerfen kann, wir hätten diese Reform [illegible] verhindert. Er hat dabei die nötige staatsmännische Klarheit vermissen lassen. Seine Ministerschaft war wohl noch zu kurz, um sie zu erwerben. (Heiterkeit.) Die schlechteste Seite unseres Wahlrechts liegt darin, daß die Abstimmung ausschließlich an die Steuerleistung geknüpft ist. Daher ist keine Gewähr, daß der Wohlhabende es entscheiden hat. (Lebhafter Beifall links.) Das gleiche Wahlrecht aber gibt den Ausschlag (Lebhaftes Beifall links.) Das gleiche Wahlrecht aber gibt den Ausschlag der unterschiedslosen Masse, den Arbeitern. Gewiß haben wir im Reiche das gleiche Wahlrecht, aber man kann eben nicht alles über einen Kamm scheren und darf den Bundesstaaten ihre Eigentümlichkeit nicht nehmen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn man sagt, der Krieg fordert die Einführung des gleichen Wahlrechts, so müßte man das vor allem die Kriegsteilnehmer selbst hören. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Es gibt keinen größeren Gegensatz zur Gleichheit als unser Heer mit seiner Ober- und Unterordnung, den einzelnen Kategorien und verschiedenen Leistungen. Wozu es führt, wenn jeder kommandiert und keiner zu gehorchen hat, beweist Rußland. (Sehr gut! rechts.) Man vertritt sich auf das Wort des Königs. Aber hat die Regierung den König informiert, daß im vorigen Sommer fünf Sechstel dieses Hauses zu einer vollständigen Einigung über die Wahlreform gekommen waren? Sonst haben die Minister ja immer mit dem allerhöchsten Befehl operiert, obgleich sie eigentlich den König nicht vorschieben, sondern sich schützend vor ihn stellen sollten. (Stürmischer Beifall rechts.) Unter dem direkten Wahlrecht werden lediglich die Elemente herrschen, die sich durch Spießertum und große Versprechungen hervortun. (Zuruf links: Bund der Landwirte!) Der stark autoritäre Charakter des preußischen Staates wird dann kaum mehr aufrecht erhalten werden können. Und wie wird es mit der Einwirkung auf unser gewaltiges Beamtenheer sein, das Disziplin, Unterordnung und Gehorsam braucht? (Zuruf links: Und die Reichsbeamten?) Hier handelt es sich um Preußen, und hier entscheiden wir. (Zuruf links: Vorläufig!)

Beim gleichen Wahlrecht würden die Beschlüsse über die Steuern entscheiden,

die die Besitzenden bezahlen würden. (Abg. Ad. Hoffmann: Aber verbieten können die Besitzlosen für die Besitzenden!) Bei den 120 bis 130 Sozialdemokraten, der sehr verstärkten Zentrumsfraktion und Linken werden unsere kulturellen und konfessionellen Güter, insbesondere die konfessionelle Volksschule, gefährdet werden, ebenso auch der deutschnationale Charakter der Ostmarken. (Sehr wahr! rechts.) Während draußen die schwerste Schlacht der Weltgeschichte tobt, bei der unser ganzes Denken und Sorgen ist, sind wir hier verurteilt, diese schwere Sache zu machen. Uns ist das gleich, ob dieser oder jener Minister darüber fällt oder auch, ob das Haus aufgelöst wird. (Lebhafter Beifall rechts.) In dieser Frage gilt für uns nur unsere heilige Ueberzeugung. (Stürmischer Beifall rechts, Zischen links.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Die Regierung hat stets erklärt, daß sie unbedingt am gleichen Wahlrecht festhält. Ich bedauere außerordentlich, daß die Konservativen alle Versuche, die Frage der Sicherung zu lösen, abgelehnt haben. Der Vorredner warf mir Erregung vor. Da möchte ich ein Lessingsches Wort variieren: Wer bei gewissen Dingen sein Temperament nicht verliert, der hat überhaupt keins zu verlieren. (Sehr richtig!) Die Frage, ob der Träger der Krone von den damaligen Ministern über das im Gange befindliche Kompromiß orientiert worden sei, kann ich bejahen. (Hört, hört! links.) Daß sich die Krone ungebührlich in den Vordergrund geschoben hätte, ist unrichtig. Gerade die Tatsache, daß ich die für mich außerordentlich schwierige und mitunter peinliche Verantwortung übernommen habe, für das gleiche Wahlrecht einzutreten, beweist, daß ich bereit bin, mich vor meinen König zu stellen. (Beifall links.) Der autoritäre Charakter des Staates wird durch das gleiche Wahlrecht nicht gefährdet. Für diesen Charakter bürgt schon seine monarchische Grundlage. In Süddeutschland, wo das demokratische Wahlrecht besteht, geht es auch nicht drunter und drüber. (Sehr wahr! links.) Wir sollten uns als Preußen von jeder Ueberhebung freihalten. (Sehr richtig! links.) Das gleiche Gemeindewahlrecht kann eine Folge dieser Vorlage sein, brauchte es aber nicht. Herr v. Heydebrand hat auf die schweren Kämpfe an der Westfront hingewiesen. Die Regierung hatte gewissenhaft abzuwägen, was dem Siege förderlicher ist, ob eine Verabschiedung dieser Vorlage in möglichst kurzer Zeit, wenn auch unter schweren Kämpfen, oder ob ein Andauern der Erregung im Volke über diese Vorlage auf Jahre hinaus. Sie hielt es dabei für das beste, die Vorlage möglichst bald zum Abschluß zu bringen und verdient dafür nicht Tadel, sondern Anerkennung. (Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Dr. Porsch (Ztr.): Bei der ersten Lesung haben wir erklärt, daß ein Teil von uns gegen das gleiche Wahlrecht stimmen würde, ein anderer Teil seine endgültige Stellung von den Ausschußverhandlungen abhängig machen wird. Die Ausschußverhandlungen haben zu einem endgültigen Ergebnis nicht geführt, die Dinge sind noch im Fluß, wie auch die Regierungserklärung beweist. Erst in der dritten Lesung werden wir unseren Standpunkt eingehend begründen. In der zweiten Lesung wird ein kleiner Teil meiner Freunde gegen das gleiche Wahlrecht, die große Mehrheit dafür stimmen. Für uns kommt es jetzt nicht auf Reden, sondern auf Abstimmung an. (Beifall im Zentrum.)

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Schluß: 4 Uhr.

Estland fordert Unabhängigkeit.

In der „Glocke" wird eine Erklärung veröffentlicht, die die von der zuständigen estnischen Regierung nach Deutschland entsandte Kommission während ihres Aufenthaltes in Kopenhagen erließ. Die Erklärung beweist, daß die in letzter Zeit propagierten baltischen Wünsche nach Angliederung an Deutschland von einer um Vorrechte besorgten adligen Minderheit ausgingen und daß die offiziösen deutschen Zustimmungen nicht nur voreilig sind, sondern auch das Gegenteil von politischer Klugheit beweisen. Wir geben hier die wichtigsten Teile der Kundgebung wieder.

Die Ritterschaften Estlands und Livlands hatten Ende März ihre früheren Provinziallandtage in Riga und in Reval „zu wichtigen Beratungen und Beschlüssen" zusammenberufen, obgleich diesen Institutionen keinerlei Rechte einer Vertretung des Landes oder seiner Bevölkerung zustehen. Durch den Erlaß der Provisorischen Regierung Rußlands vom 12. April 1917 wurden alle Rechte und Funktionen dieser ritterschaftlichen Provinziallandtage dem neuen, allgemeinen Landtage übertragen, der aus allgemeinen Wahlen hervorging und den Volkswillen an Stelle der Adelsmacht setzte.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180501/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG